

# Evangelische Verantwortung

## Staat und Bürgergesellschaft – Die Verantwortung des Einzelnen für unser Gemeinwesen

Dr. Christoph-E. Palmer

Handeln aus christlicher Verantwortung ist gerade in einer säkularen Welt von großer Bedeutung. Von einer christlich geprägten Sozialethik müssen und können Impulse ausgehen für eine Veränderung der Gesellschaft, die im Begriff steht, die Einzelinteressen überzubetonen und die Gemeinschaft zu vernachlässigen. Eine neue Sicht von Staat und Bürgergesellschaft ist notwendig, um auf diese Herausforderungen zu reagieren.

Wie könnte eine knappe, vielleicht pointierte Zustandsbeschreibung der heutigen Situation des Staates lauten? Ganz einfach: Der Staat ist überfordert!

### Für ein neues Staatsverständnis

Das goldene Zeitalter des Sozialstaates neigt sich seinem Ende entgegen. Die Allzuständigkeit des Staates ist an ökonomische Grenzen geraten. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen für den Ausbau des Sozialstaates waren nach 1945 einmalig. Nur deshalb konnte die Bundesrepublik Deutschland ein beeindruckendes soziales Netz schaffen: Familienlastenausgleich, Krankenversicherung, Unfallversicherung, Arbeitslosenversicherung, Renten- und Pflegeversicherung haben ein beträchtliches Niveau erreicht.



**Christoph E. Palmer:**  
Wie kann ein neues Staatsverständnis  
aussehen?

Viele Aufgaben, für die früher der Einzelne aufkam, werden nun durch den Staat geleistet. Dies ist im Grundsatz ja auch notwendig. Gesellschaftliche Entwicklungsprozesse sind nicht per Oktroi zurückzudrehen. Trotzdem müssen Christdemokraten darauf hinweisen, daß die Individualisierung und der Bedeutungsverlust der Familie und der kleinen Gemeinschaften als Grundlage unserer Gesellschaft am Ende zu einer immer stärkeren Anonymisierung der Gesellschaft führen. Hilfe wird nicht vom Nachbarn oder Verwandten er-

wartet, sondern vom Staat. Und dieser vermag eben immer weniger den – auch übersteigerten – Anforderungen gerecht zu werden.

Eine Rückbesinnung auf die **Väter der Sozialen Marktwirtschaft** kann an dieser Stelle hilfreich sein und weiterführen. Walter Eucken, Alfred Müller-Armack, Franz Böhm und Ludwig Erhard haben die soziale Komponente der Marktwirtschaft entwickelt, um für den Fall der Bedürftigkeit und Not Sicherungssysteme anzubieten. Sie wollten eben keinen umfassenden, alles reglementierenden Betreuungsstaat. Die „Krake Staat“, die hypertroph die Menschen nährt, unabhängig von ihrem Leistungsvermögen, ist so ziemlich das Gegenteil dessen, was Soziale Marktwirtschaft bedeutet. Hilfe für die, die sie wirklich benötigen, heißt vielmehr ihr Credo.

Das Problem ist im übrigen nicht nur ein gesellschaftspolitisches, sondern auch ein finanzielles! Wir können uns unseren Sozialstaat ohne eine stärkere eigene Beteiligung der Bürger nicht mehr leisten. Jahr für Jahr wird schon über ein Drittel des Bruttosozialprodukts hierfür aufgewendet.

## Themen:

Armutsbekämpfung und Demokratieförderung	3,6,8
Diakonie und Kirche	10
EAK-Spendenaktion	13

Ein weiteres Problem ist der damit verbundene administrative Aufbruch. Dieser ist mittlerweile so hoch, daß die Menschen über die „Bürokratie“ fast verzweifeln. Ursprünglich war die Bürokratie eher ein organisations-soziologischer Begriff, der durch Max Weber geprägt war. Und, wie dieser schon wußte, durchaus nicht nur ein Problem des Staates, sondern auch der Privatwirtschaft. Heute ist der Begriff Schimpfwort und Synonym für den deutschen Zustand zugleich.

Die derzeitige deutsche Situation kann recht treffend mit dem Begriff „**Stagnation**“ (Weert Canzler/Lutz Matz) charakterisiert werden. Dieser meint höchste Innovation im Detail, aber Stagnation im Grundsätzlichen. Anstatt sich auf einige wenige Aufgaben zu konzentrieren, modifiziert man das Bestehende und steigert so die Komplexität der Verwaltung immer weiter, so daß sie kaum noch nachvollziehbar ist.

Vorwürfe alleine an die Adresse der Politik und des Staates greifen indes entschieden zu kurz: Eine entscheidende Ursache hierfür ist das bekannte „**Besitzstandsdenken**“. Das Einfordern von Reformen, die einen selbst nicht betreffen, ist kein Kunststück. Sobald man aber selbst davon betroffen ist, als Bürger, Beamter, Gewerkschaftler oder Unternehmer, nimmt die Reformfreude erheblich ab.

Was ist also zu tun? Wie kann die Lähmung, die viele empfinden, überwunden werden? Wie kann ein neues Staatsverständnis aussehen? Das Sozialstaatsprinzip soll nicht aufgekündigt werden, das Sozialstaatsgebot ist für Christdemokraten, die nicht „bessere“ Wirtschaftsliberale sein wollen, unverrückbar. Aber der Staat muß sich, und dies ist die vornehme Aufgabe der Politik, klar werden, welche Funktionen er in Zukunft wahrnehmen soll und muß. Eine bloße „Schlankheitskur für den Staat“ reicht nicht aus. Eine **ordnungspolitische Weichenstellung** ist erforderlich.

Das **Subsidiaritätsprinzip** kann in diesem Zusammenhang die **entscheidende Rolle** spielen. Denn hierin kommt zum Ausdruck, daß der staatliche Bereich eine subsidiäre Aufgabe hat, die das pri-

vate Handeln da unterstützt, wo es selbst die Aufgabe nicht mehr ausreichend erfüllen kann. Oder wie der baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel es ausdrückte: „Am Anfang ist nicht der Staat, sondern: Am Anfang ist der Bürger.“

### Für eine aktive Bürgergesellschaft

Nicht nur die Rolle des Staates und seiner Aufgaben muß überdacht werden, sondern auch das Selbstverständnis der Bürger. Wichtig ist eine aktive Bürgergesellschaft oder das, was im angelsächsischen Bereich mit „**civil society**“ beschrieben wird. Was man darunter versteht, haben die beiden Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel und Hans-Joachim Lauth zu Beginn des Jahres mit Funktionsbeschreibungen deutlich herausgearbeitet. Aufgaben von öffentlicher und privater Hand sind vor diesem Hintergrund gut zu unterscheiden.

*Die Lockesche Funktion:* Schutz vor staatlicher Willkür, also Autonomieschutz des Individuums, die Entfaltung seiner natürlichen Rechte und die Sicherung des Eigentums (Gewährleistungsfunktion des Staates).

*Die Montesquieusche Funktion:* die Balance zwischen Autorität und ziviler Gesellschaft, Montesquieu tritt für Gewaltenteilung ein, thematisiert aber auch die Gewaltenschränkung zwischen staatlich-politischer Autorität und gesellschaftlichen Gruppen.

*Die Tocquevillesche Funktion:* Auf Montesquieu aufbauend sieht Tocqueville den Gedanken des freien Gemeinwesens und zivilgesellschaftlicher Vereinigungen, die Orte der Selbstregierung und der Wertebildung darstellen. Hier werden Bürgertugenden entwickelt wie Toleranz, Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit, Vertrauen und Zivilcourage. Werte, die der amerikanische Demokratietheoretiker Robert Putnam nicht zu Unrecht als „soziales Kapital“ der Demokratie bezeichnet.

Und die *Habermas'sche Funktion:* Öffentlichkeit und Kritik. Nach Habermas ist eine kritische Öffentlichkeit notwendig, um die organisierten Interessengruppen wie Parteien und Verbände und

deren Eliten auf neue Probleme aufmerksam zu machen und zu sensibilisieren.

Eine so geprägte Gesellschaft getragen von „**Aktiv-Bürgern**“, stellt ein Ideal dar, das nie ganz zu erreichen sein wird, aber doch als Leitbild dienen kann. Eine Selbstorganisation der Gesellschaft kann den Staat nicht nur besser kontrollieren, sondern auch demokratisieren und entlasten.

In den USA wird diese Debatte seit Beginn der 90er Jahre unter dem Schlagwort „**Kommunitarismus**“ geführt. Die zunehmende soziale Kälte und ein gnadenloser Egoismus, der das erfolgreiche Individuum in den 80er Jahren verabsolutierte, sind ihr Ursprung. Einer der Wortführer der Kommunitaristen, Amitai Etzioni, schreibt in seinem Buch: *Die Entdeckung des Gemeinwesens*: „Worum geht es dem Kommunitarismus? Um die Rekonstruktion der Gemeinschaft, der Community, um die Wiederherstellung der Bürgertugenden, um ein neues Verantwortungsbewußtsein der Menschen, um die Stärkung der moralischen Grundlagen unserer Gesellschaft.“ Und weiter, die „...Suche nach ausgewogenen Verhältnissen zwischen Individuen und Gruppen und Rechten und Pflichten, zwischen Institutionen des Staates, des Marktes und der Zivilgesellschaft ist im Prinzip ein immerwährendes Projekt.“

Drei Institutionen kommen bei der **Vermittlung von Werten** eine zentrale Rolle zu: der Familie, den Schulen und den Universitäten.

Zivilgesellschaft und kommunitaristische Denkweise bilden so gedankliche Ansätze für eine „**Verantwortungsgesellschaft**“. In dieser übernimmt jeder Einzelne wieder mehr Verantwortung für sich und die Gemeinschaft, die viele gerne auf den Staat abgeschoben haben. Verantwortung an andere zu delegieren, bedeutet immer auch sich selbst zu entmündigen und sei es um den eigenen Wohlstand zu mehren. Dies kann so in Zukunft nicht mehr funktionieren – nicht ideell und nicht materiell! Es muß Bewegung kommen in unsere lethargische und phlegmatische Gesellschaft. Eine richtig verstandene Bürgergesellschaft ist eine (Selbst)-Verantwortungsgesellschaft!

Gründe für die Notwendigkeit der Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung:

Es gibt **erstens** eine lange christliche Tradition der Verantwortung des Christen für seinen Nächsten ganz allgemein. Noch mehr gilt diese Verantwortung für diejenigen, die die Leistungselite unserer Gesellschaft bilden. Die Talente und Pfunde sind ihnen anvertraut, geschenkt! Begabungen sind eine Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft und besonders gegenüber weniger Begabten. Die Lektüre des Neuen Testaments (so das Matthäus- und Lukas-Evangelium) sollte uns etwas bescheidener werden lassen, was unseren Erfolg anbetrifft, aber das Engagement für andere beflügeln.

Pflichten allein durch die christliche Tradition zu legitimieren, ist in einer säkularisierten Umwelt häufig nicht mehr möglich. Eine **zweite** Möglichkeit der Legitimation bietet die kürzlich verabschiedete sogenannte „**Allgemeine Erklärung der Menschenpflichten**“, die anlässlich der 50. Wiederkehr der Erklärung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen verabschiedet wurde. Zwei Artikel sollen kurz zitiert werden.

Artikel 10 lautet: *„Alle Menschen haben die Pflicht, ihre Fähigkeiten durch Fleiß und Anstrengung zu entwickeln; sie sollen gleichen Zugang zu Ausbildung und sinnvoller Arbeit haben. Jeder soll den Bedürftigen, Benachteiligten, Behinderten und den Opfern von Diskriminierung Unterstützung zukommen lassen.“*

In eine ähnliche Richtung weist Artikel 11 der Erklärung: *„Alles Eigentum und aller Reichtum müssen in Übereinstimmung mit der Gerechtigkeit und zum Fortschritt der Menschheit verantwortungsvoll verwendet werden. Wirtschaftliche und politische Macht darf nicht als Mittel zur Herrschaft eingesetzt werden, sondern im Dienst wirtschaftlicher Gerechtigkeit und sozialer Ordnung.“*

Das InterAction Council, das diese Erklärung verabschiedet hat, ist eine weltweite Vereinigung ehemaliger Staats- und Regierungschefs (u.a. Helmut Schmidt, Valéry Giscard d'Estaing, Jimmy Carter, Shimon Peres), so daß die Er-

klärung weder an Staaten noch an Rassen oder Religionen gebunden ist.

### Auf dem Weg zur Verantwortungsgesellschaft – drei Forderungen

Wir brauchen für die Schaffung einer Bürgergesellschaft, die gleichzeitig auch eine Verantwortungsgesellschaft ist:

1. eine Ethik des Gemeinsinns und eine Kultur des Bürgersinns
2. die Rückbesinnung auf die christlichen Werte, die die Ethik der Verantwortung für den Nächsten stärken
3. die Ergänzung der Grundrechte durch Grundpflichten, wenn die Gemeinschaft nicht auseinanderbrechen soll.

In dem Grad der Verwirklichung dieser Ziele wird sich zeigen, ob es gelingt, die Verantwortung des Einzelnen für unser Gemeinwesen freizusetzen, die wir für das neue Jahrhundert brauchen. Oder wie es das Motto für die Frankfurter Feierlichkeiten zum Gedenken der 1848er Revolution sagt: „Aufbruch zu Freiheit in Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung.“ ■

**Anm.:**

Dr. Christoph-E. Palmer ist Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst in Baden-Württemberg.

## Menschenrechte und Entwicklung – Ansätze der kirchlichen Entwicklungshilfe

Dr. Hartmut Bauer

„Ausgehend von der universalen Geltung des Liebesgebots treten die Kirchen für die Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte ein“, heißt es bündig formuliert in den Leitlinien der Kammer der EKD für kirchlichen Entwicklungsdienst „Menschenrechte und Entwicklung“ von 1996. Die biblische Vorstellung, daß alle Menschen nach Gottes Bild geschaffen worden sind und damit jeder Mensch die gleiche Würde hat, bestimmen den christlichen Einsatz zur Verbesserung der Menschenrechte in der Welt.

Die Anerkennung, daß Menschenrechte universal und unteilbar sind, ist auf der Ebene des Völkerrechts und der UN-Konventionen weit fortgeschritten. Jedoch ist die weltweite Verbreitung der kulturellen Basis für den Schutz der Menschenrechte ein schwieriger und langfristiger Prozeß. Es gibt nicht überzeugende Einwände vor allem aus machtpolitischen Interessen. Aber es gibt auch ernst zu nehmende Anfragen aus nicht westlichen Kulturen, die einseitig auf Abwehr zugespitzte Menschenrechtskonzepte

oder Versuche kritisieren, Menschenrechtskonzepte ohne Berücksichtigung der kulturellen oder gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu übertragen. Auch wird der untrennbare Zusammenhang von bürgerlich-politischen und sozialen Menschenrechten hinterfragt.

### Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte

Es gibt zweifellos unterschiedliche Kategorien von Menschenrechten, insbesondere im Blick auf die rechtliche Eintragbarkeit, doch die **Würde des Menschen** ist der entscheidende Kern. Die bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte dürfen deshalb nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Für den internationalen Dialog zur weiteren Verankerung der Menschenrechte ist die eigene Glaubwürdigkeit von entscheidender Bedeutung. Die Menschenrechtsprobleme der Bundesrepublik Deutschland sind aufgrund der rechts- und sozialstaatlichen Tradition qualitativ und quantitativ mit denen der Länder des Südens und Ostens nicht

vergleichbar, jedoch ist eine aktivere Politik zum innerstaatlichen Schutz der Menschenrechte auch bei uns weiterhin dringend notwendig.

„Ohne Berücksichtigung und Achtung der grundsätzlichen Rechte eines jeden Menschen ist weder individuelle noch staatlich-gesellschaftliche Entwicklung möglich.“

(Bundesminister Carl-Dieter Spranger, MdB)

Die Kirchen erinnern wiederholt mit ihren Stellungnahmen daran, zum Beispiel zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland oder zum Asylrecht. Selbstgerechtigkeit der Industrieländer in Menschenrechtsfragen führt schnell zu dem Vorwurf, daß die Menschenrechte in den Nord-Süd-/Ost-Beziehungen für andere politische und wirtschaftliche Interessen instrumentalisiert werden.

### Auch das Recht auf Entwicklung ist ein Menschenrecht

Auf der Wiener Weltkonferenz über Menschenrechte sowie auf dem Weltsozialgipfel in Kopenhagen haben die Regierungen Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte einschließlich des Rechts auf Entwicklung anerkannt. Allerdings ist die Interpretation des Rechts auf Entwicklung noch sehr umstritten. Die Kammer der EKD für kirchlichen Entwicklungsdienst formuliert vor allem **folgende Ziele** für eine Menschenrechtspolitik in der Entwicklungszusammenarbeit:

- Demokratisierung und Abbau von strukturellen bzw. institutionellen Hindernissen für die Verwirklichung der Menschenrechte sowie Stärkung der **Rechtssicherheit**;
- Aufbau einer **Zivilgesellschaft** durch die Stärkung gesellschaftlicher Kräfte wie soziale Bewegungen, Kirchen, Gewerkschaften.

An die kirchlichen Hilfswerke wird die Forderung gestellt, daß Projekte und

Maßnahmen zum Schutz der Menschenrechte eine größere Rolle einnehmen müssen. Dabei geht es nicht nur um Programme zur unmittelbaren Verbesserung von Menschenrechten, sondern auch um die Stärkung der Arbeit von nationalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen und Lobbyanstrengungen im eigenen Land.

### Armutsbekämpfung und Demokratieförderung

In der Abschlusßerklärung des im Jahre 1994 von der Evangelischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe (EZE) veranstalteten Workshops „Demokratieförderung in Afrika“ heißt es: „Es ist entscheidend, daß die menschliche nachhaltige Entwicklung verbunden wird mit dem Prozeß der Demokratisierung, der die Beteiligung der Menschen ermöglicht. Indem die **Kirchen** sich dieser Aufgabe annehmen, geben sie der Förderung der Menschenrechte und der Demokratie eine hohe Priorität in ihrer Entwicklungsarbeit.“

Auch wenn wir Begriffe benutzen wie Förderung der Menschenrechte, Demokratieförderung, Förderung der Zivilgesellschaft, Förderung von Konfliktminderung und Friedensbemühungen, so ist doch deutlich zu sagen, daß es Programmtypen mit diesen Bezeichnungen nicht gibt. Diese Begriffe sind Sammelbegriffe für eine Vielzahl unterschiedlicher Einzelmaßnahmen, wie z.B. Rechtshilfe, staatsbürgerliche Bewußtseinsbildung, Ausbildung von Friedensrichtern, Bürgerbeteiligung an kommunaler Selbstverwaltung, Gemeinwesenarbeit und Lobbyarbeit von ethnischen Minderheiten.

Auf den **Philippinen** leben mehr als fünf Millionen Angehörige verschiedener ethnischer Minderheiten. Die Existenz der Stammesgemeinschaften ist seit Jahren bedroht, vor allem durch die ungeklärten Landrechte bzw. durch die Nichtanerkennung der traditionellen Rechte der angestammten Bevölkerung. Die Regierung läßt zu, daß die Menschen aus kommerziellen Gründen von ihrem Land vertrieben werden. Raubbau und schwere ökologische Schäden sind die Folge. Die EZE fördert mehrere Partner, die ethnischen Gruppen angehören oder sich für

sie einsetzen. Hierzu gehört das Gemeinwesenentwicklungsprogramm für die ethnische Gruppe der Mangyans auf der Insel Mindoro. Die 'United Church of Christ' arbeitet zusammen mit der 'All Mangyan Federation', der Interessenvertretung der Mangyans. Das Programm versucht, die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den Dörfern zu verbessern, damit weiterhin eine menschenwürdige Existenz in den Dörfern möglich ist. Ziel ist auch, die kulturelle Identität und Integrität der Mangyans zu fördern und sie in ihrem Kampf um die Anerkennung ihrer traditionellen Landrechte zu unterstützen. Eine weitere wichtige Komponente des Programms besteht im Dialog der Religionen.

In **Kolumbien**, nach Brasilien und Mexiko eines der bevölkerungsreichsten Länder Lateinamerikas, wird die demokratische Entwicklung durch die Einbindung großer Teile der Bevölkerung in ein ausgeklügeltes System von parteipolitischen Klientelismus, Einfluß der rivalisierenden Drogenkartelle auf Politik, Wirtschaft und Justiz, kaum strafrechtlich verfolgte Menschenrechtsverlet-

Wir geben Menschen eine Überlebenschance, die unverschuldet durch Kriege oder Naturkatastrophen in Not geraten.



Ärzte ohne Grenzen e.V.  
Lieselingsweg 102, 53119 Bonn  
Spendenkonto 97 0 97  
Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00

zungen durch Sicherheitskräfte, Drogenmafia, Guerillaorganisationen, Todesschwadronen und Kriminelle auf eine ständige Bewährungsprobe gestellt.

Ein ökumenisches Zentrum in Bogotá hat sich zum Ziel gesetzt, sich für die wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Rechte der Armen, die von dieser Situation am meisten betroffen sind, einzusetzen. Dies geschieht durch praxisbezogene Sozialforschung verbun-

den mit politischer Lobby- und Gewerkschaftsarbeit, kritische Analyse der Beziehungen zwischen Staat und ziviler Gesellschaft verbunden mit der Förderung konkreter Formen der Bürgerbeteiligung an politischen Prozessen. Auch die Mitarbeit an Modellen zur Lösung von bürgerkriegsähnlichen Konflikten in den Regionen Urabá, Antioquia und Chocó, wo die schwersten Menschenrechtsverletzungen durch die Konfliktparteien stattfinden, ist ein wichtiger Bestandteil des Programms. Unterstützt und abgesichert wird die Arbeit durch die Herstellung von Öffentlichkeit durch die Produktion und Veröffentlichung von mehreren Büchern, Broschüren und Zeitschriften sowie Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen in Funk und Fernsehen.

Die Gemeinsamkeiten solcher Projekte liegen in den **Grundprinzipien** der kirchlichen Entwicklungsarbeit „Gerechtigkeit“, „Partizipation“ sowie vor allem in der Zielsetzung, Menschen zur Wahrnehmung ihrer Rechte zu befähigen („Empowerment“). Wesentliche Voraussetzung dafür ist die Aufklärung und organisatorische Stärkung der betroffenen Menschen. Ein weiteres wichtiges Element ist die Tatsache, daß Menschenrechte und Demokratie nicht individuell verwirklicht werden können, sondern daß gesellschaftspolitisches Handeln von sozialen Gruppen und Institutionen wahrgenommen werden muß.

Der Schlüsselbegriff ist hier die Zivilgesellschaft, die den gesellschaftspolitischen Handlungsrahmen von Gruppen und Nichtregierungsorganisationen in ihrer Auseinandersetzung um die Wahrung der Rechte und Interessen armer und benachteiligter Bevölkerungsgruppen gegenüber dem Staat beschreibt. Zudem geht es auch darum, zwischen der Zivilgesellschaft und dem Staat Verbindungen zu schaffen, wozu gerade Kirchen „von unten“ einen wesentlichen Beitrag leisten können. Sie verfügen in der **Demokratieförderung** damit über einen entscheidenden komparativen Vorteil gegenüber der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit. Die Stärkung von Kirchen, Gruppen und NRO in dieser politischen Funktion und Rolle als Institutionen der Zivilgesellschaft ist ein wichtiges Förderungsziel der kirchlichen Hilfswerke.



**Einsatz für Menschenwürde ist Verpflichtung für die Kirchen.**

Die Förderung der Menschenrechte ist zwar eine notwendige, aber noch keine hinreichende Bedingung für eine gerechte soziale Entwicklung. Auch wenn kein direktes Ursache-Wirkungs-Verhältnis herstellbar ist, so bedingen sich doch die **politische und die soziale Entwicklung** eines Landes. Nur eine starke und wirksame Interessenvertretung armer und sozial benachteiligter Gruppen ist dann auch in der Lage, Einfluß auf die Gestaltung interner entwicklungsförderlicher Rahmenbedingungen zu nehmen. Somit besteht ein durchaus enger **Zusammenhang** zwischen der politischen und der sozialen Entwicklung. Programme zur Armutsbekämpfung und Demokratie-Fördermaßnahmen müssen komplementär aufeinander bezogen werden. In dieser Verknüpfung können sie einen wirksameren Beitrag leisten zur Durchsetzung des Oberziels der Verwirklichung der politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechte.

Zur kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit gehört die gesellschaftspolitische Dimension. In der Vergangenheit lag der Schwerpunkt hier auf einer Menschenrechtsarbeit, die wesentlich auf einer Abwehr von Menschenrechtsverletzungen, eine vorsorgliche Rechtsberatung sowie auf eine Unterstützung von Opfern abzielte. Die Demokratisierungsprozesse in vielen Ländern des Südens bieten nun

neue, positive Gestaltungsmöglichkeiten. Die Förderung und Stärkung von Kirchen und NRO im Süden wie im Osten als Teil der sich entwickelnden Zivilgesellschaft hat daher eine hohe Priorität.

Die EZE beschränkt sich nicht nur auf die Projektförderung, sondern beteiligt sich auch an Aktivitäten in Deutschland und Europa. Ein wichtiger Rahmen für diese politisch ausgerichtete Arbeit sind die **Programme der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)**, in denen mit Politikern und Vertretern gesellschaftlicher Gruppen über Handlungsmöglichkeiten zur Beeinflussung von Menschenrechtssituationen gesprochen wird. Die EZE führt immer wieder Workshops unter Beteiligung von Partnern und Vertretern deutscher Institutionen durch, um über Aktionen zur Verbesserung von Menschenrechtssituationen oder Demokratieansätzen zu beraten.

Die Verbesserung der Menschenrechte ist ein schwieriger und langer Weg. Für die Kirchen und ihre Hilfswerke ist der Einsatz für Menschenwürde und Menschenrechte, für Gerechtigkeit und Solidarität eine Verpflichtung. ■

**Anm.:**

Dr. Hartmut Bauer ist Geschäftsführer der Evangelischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe e.V. (EZE).

## „Wasser gegen Geisterdörfer“ – ein Projekt der Deutschen Welthungerhilfe

Ingeborg Schäuble

Vorrangiges Ziel der Deutschen Welthungerhilfe seit ihrer Gründung im Dezember 1962 ist Armutsbekämpfung durch Hilfe zur Selbsthilfe. Die Organisation ist gemeinnützig, politisch und konfessionell unabhängig und arbeitet unter einem ehrenamtlichen Vorstand. Spenden aus der Bevölkerung finanzieren die Arbeit in Afrika, Asien und Lateinamerika. Zusätzlich erhält die Deutsche Welthungerhilfe Zuschüsse der Bundesregierung, der Europäischen Union und der Vereinten Nationen. 1997 erhielt die Organisation 47,1 Millionen DM Spenden und 72,6 Millionen DM öffentliche Zuschüsse.

Die Deutsche Welthungerhilfe führt in Krisengebieten, z.B. Südsudan, Nordkorea, Angola, Projekte der Nothilfe und der Rehabilitation durch. Schwerpunkt der Projektarbeit sind jedoch Selbsthilfeprojekte insbesondere in den Bereichen ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung, Wasserversorgung und Förderung von Kleingewerbe. Lokale Partnerorganisationen, engagiert, kompetent und zuverlässig, führen die meisten Projekte durch.

Zielgruppe sind die Ärmsten der Armen: Landlose, Kleinbauern, Frauen, Kinder und Jugendliche; Menschen, die durch Krieg oder Umweltkatastrophen alles verloren haben; Menschen, die Starthilfen brauchen, um ein Leben in Sicherheit und Würde zu führen. Geschenke werden nicht verteilt, das widerspricht auch dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe: die Mitarbeit der betroffenen Menschen. Es muß in ihnen der Wille, die Bereitschaft da sein, etwas verändern zu wollen und sich für ein besseres Leben einzusetzen.

Dabei heißt besseres Leben natürlich etwas ganz anderes als bei uns: Für eine Frau auf dem Land in Äthiopien heißt

besseres Leben schon, wenn sie nicht mehr jeden Tag 10 Kilometer zur nächsten Wasserstelle laufen muß, sondern zu einem Brunnen in, sagen wir, einem Kilometer Entfernung. Für den Landlosen auf den Philippinen heißt es, ein kleines Stück Land bewirtschaften zu können, auf dem Gemüse für den Eigenbedarf angebaut werden kann. Für die meisten Afrikanerinnen heißt besseres Leben mehr Rechte: etwa das Recht, selbst einen Kredit oder einen Landtitel zu bekommen.

### Den vorgezeichneten Lebensweg verlassen können

Sieht man einmal von akuten Katastrophen, einem Erdbeben, einem Vulkanausbruch o.ä. ab, sind Menschen niemals nur Opfer, niemals nur Objekte von Hilfe. Sie sind immer auch Beteiligte, Handelnde, Menschen mit Würde, die ein Recht darauf haben, sie an Entscheidungen teilhaben zu lassen, die ihr Leben verändern.



Ingeborg Schäuble im Einsatz vor Ort.

Es kann nicht unser Ziel sein, Menschen auf Dauer abhängig vom Tropf der Entwicklungshilfe zu sehen. Hilfe zur Selbsthilfe kann je nach Region, je nach Projekt etwas ganz Unterschiedliches bedeuten: Straßenkinder in Bolivien erhalten durch soziale Betreuung und berufliche Qualifizierung eine Chance, den vorgezeichneten Lebensweg zu verlassen.

Oder: Bäuerinnen in Lesotho erhalten durch von uns vermittelte Kleinkredite ein Maß an Selbständigkeit und Selbstverantwortung, das sie sonst nicht erhalten würden, weil Frauen keine Kreditverträge abschließen dürfen.

### Brunnenbau in Benin

Oder: Im Norden des kleinen westafrikanischen Landes Benin fördern wir den Bau von Brunnen, ein einfach klingendes Projekt, das bei näherem Hinsehen jedoch große Dimensionen annimmt.

Der Norden Benins ist nicht von der Natur verwöhnt. Es gibt nur eine Regenzeit – von Juli bis September – in diesem furchtbar trockenen Landesteil. Und der wenige Regen verdunstet oft genug noch auf den karg bewachsenen Böden. Von Oktober bis Juni regnet es überhaupt nicht; statt dessen fegt der Saharawind Harmattan durch die Dorn- und Buschsavannen.

Viele Bauern haben den Kampf gegen die schwierigen Umweltbedingungen bereits aufgegeben und sind in den dichtbevölkerten Süden oder ins Ausland abgewandert.

Wenn die kleinen Siedlungen nicht zu Geisterdörfern werden sollen, brauchen sie Wasser. Deshalb fördert die Deutsche Welthungerhilfe in dieser Region eines der größten Brunnenbauvorhaben Afrikas.

Seit 1972 hat die Organisation gemeinsam mit Helfern des Deutschen Entwicklungsdienstes fast 800 Brunnen gebaut. 30 weitere sollen pro Jahr hinzukommen. Damit wollen die beiden Organisationen auch dazu beitragen, daß im Jahre 2000 jedem Beniner zehn Liter Wasser pro Tag zur Verfügung stehen.

Nicht sehr viel, wenn man weiß, daß der durchschnittliche Deutsche 150 Liter pro Tag verbraucht.

### Zusätzliche Beratungsangebote

Zusätzlich zum Bau neuer Brunnen werden bereits bestehende gewartet und repariert, die Menschen erhalten umfassende Beratung, um das Brunnenumfeld zu schützen und zur Wiederaufforstung beizutragen.

Geschenke sind die Brunnen allerdings nicht. Die Dorfbewohner müssen sich am Brunnenbau beteiligen – auch finanziell. Zwar trägt jedes Dorf nur zehn Prozent der Gesamtkosten eines neuen Brunnens, aber das sind auch schon 320 bis 400 DM. Zum Vergleich: Das Monatseinkommen einer Familie schwankt zwischen 15 und 30 DM, und ein Dorf besteht oft nur aus zwei Dutzend Familien. Überdies sind die Dorfbewohner für die Versorgung der Brunnenbauer zuständig – und bis zum Grundwasserspiegel müssen sie selbst graben.

Natürlich löst das Geldsammeln Konflikte aus – vor allem zwischen Männern und Frauen. Die Frauen profitieren am meisten von den neuen Brunnen. Schließlich sind sie es, die das Wasser in Kalebassen, ausgehöhlten Kürbishälften, vom oft viele Kilometer entfernten nächsten Tümpel heranschleppen. Die Männer kontrollieren die Brieftaschen und setzen oft andere Prioritäten als ihre Frauen.

### Einheimische Experten ausbilden

Wenn aber ein Dorf sich mehrheitlich für einen Brunnen entschieden hat und ein entsprechender Antrag vom Programm akzeptiert wurde, übernimmt eine „Equipe“, ein Team beninischer Brunnenbauer, die technisch anspruchsvollen Arbeiten. Die Ausbildung der Brunnenbauer ist besonders wichtig. Wenn die Entwicklungshelfer demnächst einmal das Land verlassen, dann müssen genug gut ausgebildete einheimische Experten da sein, um die Funktionsfähigkeit der bereits vorhandenen und den Bau neuer Brunnen auf Dauer zu garantieren.

Wenn die Brunnenbauer abgezogen sind, ist die Dorfgemeinschaft Besitzerin des neuen Schachtbrunnens. Eigens eingerichtete Brunnenbau-Komitees, denen auch Frauen aus dem jeweiligen Dorf angehören müssen, sind dann für Wartung und Betrieb zuständig.

### Die Menschen einbeziehen

Das A und O eines jeden Entwicklungsprojekts ist die frühzeitige und umfassende Einbeziehung der Menschen, die

Damit sind in diesem Projekt gute Voraussetzungen dafür geschaffen, daß das Grundprinzip der Deutschen Welthungerhilfe, nämlich **Hilfe zur Selbsthilfe** zu leisten, auch durchgesetzt wird.

Wie gut die Menschen aber wirklich vorbereitet waren und wie gut unsere eigene Arbeit wirklich war, das werden wir in den nächsten zwei Jahren erfahren. Betriebswirtschaftliche Untersuchungen zeigen nämlich, daß eine Pri-



„Wir müssen Hilfe zur Selbsthilfe leisten.“

es erreichen will. Nur wenn es ihre Bedürfnisse trifft, sie also über die Zielmitentscheiden können, dann ist es „ihr“ Projekt, um das sie sich später auch kümmern werden.

Zum Beispiel bei der Wartung der Brunnen in Benin: Dort werden nur Schachtbrunnen angelegt. Die sind viermal so breit wie die rund 40 cm „schmalen“ Bohrbrunnen mit Pumpe.

Das Graben dauert zwar wesentlich länger, aber dafür kann der Wassereimer per Hand über eine Seilwinde nach oben gehievt werden. Ein großer Vorteil, denn Pumpen sind reparaturanfällig und Ersatzteile sind rar. Und die Wartung erfordert weit weniger technischen und finanziellen Aufwand.

vatisierung des Brunnenbauprogramms erfolgversprechend ist. Bis zum Jahr 2000 sollen drei einheimische Brunnenbauunternehmen gegründet werden, die dann den Part übernehmen, der bislang aus dem Ausland zur Verfügung gestellt wurde.

Wenn das Programm in beninische Hände übergeben sein wird und diese Unternehmen schwarze Zahlen schreiben, dann haben die Brunnen zu weit mehr als „nur“ zu sauberem Wasser beigetragen. ■

**Anm.:**

Ingeborg Schäuble ist seit November 1996 Vorsitzende der Deutschen Welthungerhilfe.

## Auf die Rahmenbedingungen kommt es an – „Good Governance“ als neues Arbeitsfeld der GTZ

Dr. Bernd Eisenblätter

Noch immer leben überall in der Welt Menschen in bitterer Armut, werden einzelne Bevölkerungsgruppen an den Rand ihrer Gesellschaften gedrängt oder sogar unterdrückt. Auch Bürgerkriege, Völkermorde und Menschenrechtsverletzungen gehören keineswegs der Vergangenheit an.

Die Bundesrepublik Deutschland leistet, ebenso wie andere Industrieländer, einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen benachteiligter Menschen. Sie tut dies unter anderem durch die finanzielle und technische Unterstützung von Entwicklungsvorhaben. Trotz der angespannten Haushaltslage werden dafür im kommenden Jahr wieder rund 7,7 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt, etwa der gleiche Betrag wie 1998.

### Reformprozesse fördern

Mit der Durchführung der sogenannten Technischen Zusammenarbeit, der Beratung von Entwicklungsländern bei der Umsetzung von Entwicklungsprojekten durch deutsche Fachkräfte, hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die **Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)** betraut. Die GTZ mit Sitz in Eschborn ist ein Bundesunternehmen und wurde 1975 als Instrument der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) gegründet. Die Gesellschaft leistet auch Beiträge zu Entwicklungs- und Reformprozessen im Auftrag anderer Bundesressorts, Regierungen und internationaler Organisationen. Sie nimmt ihre Aufgaben gemeinnützig wahr, entstehende Überschüsse werden nur für entwicklungsbezogene Zwecke eingesetzt.

Das Unternehmen ist in 142 Ländern präsent, in 60 davon mit eigenen GTZ-



Dr. Eisenblätter:  
Die GTZ stellt sich verantwortungsvollen Aufgaben überall in der Welt.

Büros. Weltweit sind mehr als 10.000 Mitarbeiter/innen im Einsatz, davon 1.600 aus Deutschland entsandte Fachkräfte. In der Eschborner Zentrale arbeiten noch einmal etwa 1.300 Mitarbeiter.

Die Technische Zusammenarbeit könnte ihrem Anspruch, die Menschen und Organisationen in ihren Partnerländern in die Lage zu versetzen, ihre Lebensbedingungen eigenverantwortlich zu verbessern, nur unzureichend gerecht werden, wenn sie sich etwa auf den Transfer westlich-moderner Technologien, die Befriedigung von Grundbedürfnissen oder auf die Trägerförderung beschränken würde. Wie wichtig diese Ansätze auch immer sind:

Es ist heute unbestritten, daß die **positive Gestaltung der politischen und institutionellen Rahmenbedingungen** sowohl für eine tragfähige Entwicklung als auch für die Nachhaltigkeit und Breitenwirkung einzelner Projekte von entscheidender Bedeutung ist. Die GTZ kann also ihrem Entwicklungsauftrag

nur dann voll gerecht werden, wenn sie auch das politisch-institutionelle System, das die sozialen Ungleichheiten immer von neuem reproduziert, in den Mittelpunkt ihres Handelns rückt.

### Nachhaltige Verbesserung von Lebensbedingungen

Die politischen Themen *Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, politische Beteiligung und Marktwirtschaft* sind inzwischen zu Handlungsfeldern der Technischen Zusammenarbeit geworden. Ihre Verwirklichung setzt einen leistungsfähigen und entwicklungsorientierten Staat voraus. Was im internationalen Sprachgebrauch als **Good Governance** bezeichnet wird, ist für die nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen benachteiligter Menschen mindestens ebenso wichtig wie eine leistungsfähige Privatwirtschaft und eine einflußreiche Zivilgesellschaft. Die GTZ fördert Good Governance daher auf den verschiedenen Ebenen politischen Handelns, auf zentraler Ebene ebenso wie auf regionaler und lokaler.

### Ruanda: Wiederaufbau des Justizwesens

In **Ruanda** beispielsweise unterstützt die GTZ die Regierung beim **Wiederaufbau des Justizwesens**, das 1994 gänzlich aus den Fugen geraten war. Der Völkermord an den in Ruanda lebenden Tutsi und gemäßigten Hutu, der zweiten Bevölkerungsgruppe des Landes, initiiert von der herrschenden Hutu-Elite, löste im Juli 1994 weltweites Entsetzen aus. Zwischen 500.000 und 800.000 Menschen wurden getötet, weitere 2,5 Millionen flohen in die Nachbarländer.

Heute, vier Jahre danach, sind der Genozid und seine Folgen aus den Schlagzeilen verschwunden. Das Land trägt jedoch noch immer schwer an den Folgen dieser Ereignisse. Vor allem die juristische Aufarbeitung des Genozids – unabdingbare Voraussetzung für eine Normalisierung des Zusammenlebens der Menschen und damit Grundstein für die weitere Entwicklung des Landes – kommt nur schleppend voran. Der Wiederaufbau staatlicher Strukturen und die Festlegung rechtsstaatlicher Normen gehören daher zu den vorrangigsten Aufgaben in



Ruanda. Die GTZ versucht im Auftrag des BMZ, vor Ort diesen Weg zur Normalisierung zu ebnen.

In den überfüllten Haftanstalten Ruandas sind derzeit knapp 130.000 Inhaftierte unter menschenunwürdigen Umständen zusammengepfercht. Erst einige hundert Beschuldigte konnten bisher verurteilt werden, denn es gibt weder ausreichend Richter noch genügend angemessene Gerichtsgebäude. Ein weiteres Problem sind die meist unvollständigen Prozeßakten. Wer heute inhaftiert wird, hat so gut wie keine Chance auf einen Prozeß zu Lebzeiten. Die GTZ unterstützt daher die Staatsanwaltschaft in Kigali dabei, Personen und Tatbestände in einer elektronischen Datenbank zu erfassen. Dies soll dazu beitragen, die anstehenden Verhandlungen fair zu gestalten und gleichzeitig schnellere Urteile ermöglichen.

**Mali: Dezentralisierung und Selbstverwaltung**

Ein ganz anderes Beispiel, ebenfalls aus Afrika: Wie viele andere Länder der Region so beschreitet auch Mali den schwierigen aber wichtigen Weg der **Dezentralisierung**. Insgesamt 682 neu geschaffene Gemeinden sollen sich künftig selbst verwalten. Gewählte Gemeinderäte sol-



**Lebensbedingungen für die Kinder verbessern.**

len eigene Projekte planen und selbst über die Verwendung des größten Teils ihrer Steuereinnahmen entscheiden. Im Klartext heißt das: Die Menschen auf den Dörfern können eigenverantwortlich entscheiden, ob sie das Geld aus der Gemeindekasse lieber in den Bau einer Schule oder einer Lagerhalle für ihr Getreide investieren. Sie selbst setzen die Prioritäten und nicht wie früher die Zentralregierung in der Hauptstadt, die ihre Bedürfnisse oft gar nicht richtig einschätzen konnte. Die Folge waren nicht selten unsinnige Vorhaben und Verschwendung von Mitteln. Ein Teil der Steuern versickerte zudem in dunklen Kanälen.

Die Begeisterung der Menschen in Mali für die Selbstverwaltung ist groß, doch sie wissen auch, daß diese gut vorbereitet sein will. Strukturen müssen geschaffen werden, die eine effektive und gerechte Verwaltung der Steuern ermöglichen.

Den Aufbau solcher Strukturen unterstützt die GTZ, wiederum im Auftrag des BMZ. Mit Ingo Mährlein, der früher als Bürgermeister in Heidelberg tätig war, konnte sie der malischen Dezentralisierungsbehörde einen erfahrenen Berater an die Seite stellen. Er wirkt an der Erarbeitung eines Rahmenkonzepts für die Dezentralisierung mit und auch an der Entwicklung von Trainingsprogrammen für Gemeinderäte und Kommunalbeamte, denn sie sind der Schlüssel zum Erfolg der Selbstverwaltung.

**Förderung der Arbeitsmarktpolitik in Osteuropa**

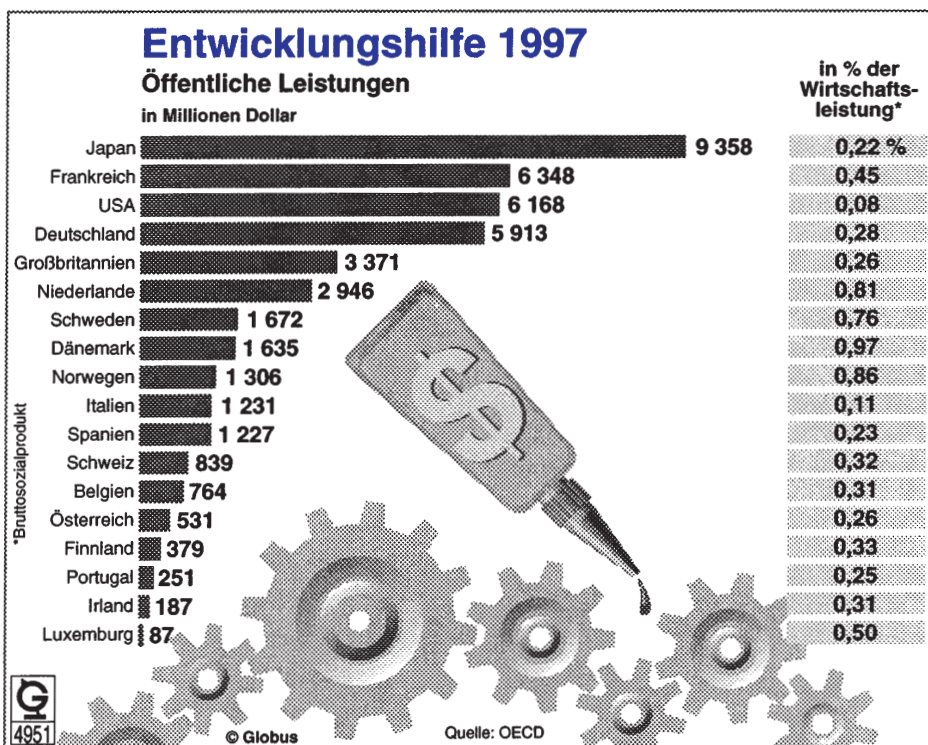
Mit Schwierigkeiten ganz anderer Art sieht sich die GTZ in den **östlichen Transformationsstaaten** konfrontiert. Hier hilft sie im Rahmen des Transformprogramms der Bundesregierung, konkret im Auftrag des Bundesfinanzministeriums, den jungen Staaten bei Privatisierungsvorhaben. Die Beratung reicht von der Schaffung gesetzlicher Rahmenbedingungen bis zur Werbung westlicher Investoren für privatisierte Betriebe. Ein weiteres wichtiges Einsatzfeld ist die Arbeitsmarktpolitik. So auch in **Kirgistan**. Der rasche Reformprozeß in dem zentralasiatischen Land hin zu Marktwirtschaft und politischer Öffnung war zunächst mit einem starken Produktionseinbruch und entsprechend hoher Arbeitslosigkeit verbunden.

Das 1991 neu geschaffene Ministerium für Arbeit und Sozialschutz geht das Problem offensiv an – durch verbesserte Informationssysteme und Prognoseverfahren für den Arbeitsmarkt sowie durch den Aufbau einer Arbeitsfördergesellschaft. Beraten wird es dabei wiederum von der GTZ.

Dies sind nur wenige Beispiele aus der **Arbeit der GTZ im politisch-institutionellen Kontext**. Sie zeigen, wie breit das Spektrum der Technischen Zusammenarbeit heute ist, und machen gleichzeitig deutlich, welchen verantwortungsvollen Aufgaben sich deutsche Fachkräfte überall in der Welt stellen.

**Anm.:**

Dr. Bernd Eisenblätter ist Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ).



## Diakonie ist eine Gestalt des Zeugnisses von Gottes Liebe in Jesus Christus zu den Menschen

Dr. Helmut Reihlen

Im September dieses Jahres gedenken die evangelischen Christen in Deutschland des 150. Jahrestages des Wittenberger Kirchentages mit der programmatischen Rede von Johann Heinrich Wichern zum diakonischen Auftrag der Christen und ihrer Kirche. Auf der Grundlage einer bis dahin veröffentlichten Denkschrift der EKD zur Zukunft der Diakonie wird sich auch die EKD-Synode Anfang November in Münster diesem Thema zuwenden.

Die synodale Beschäftigung mit dem Thema wird durch drei Referate eingeleitet: „Diakonie und Sozialstaat“ (Staatssekretär Dr. Werner Tegtmeier, Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bonn), „Diakonie und Wettbewerb“ (Oberkirchenrat Harald Bretschneider, Landeskirchenamt Dresden), „Diakonie und Kirche“ (Pfarrerin Cornelia Coenen-Marx, Vorstand Diakoniewerk Kaiserswerth).

### Für ein solidarisches und gerechtes Gemeinwesen

Die Kirche mit ihrer Diakonie leistet einen Beitrag zum gesellschaftlichen und politischen Miteinander. Sie trägt Mitverantwortung für die zukunftsgerechte Ausgestaltung des Systems der sozialen Sicherung. Die Kirche muß mit ihrer Diakonie kritische Mahnerin im Blick auf Trends der Entsolidarisierung und Singularisierung in der Gesellschaft bleiben. Nicht nur **Pflegen und Heilen** ist ihre Aufgabe, sondern auch die **Mitgestaltung der Sozialkultur** in selbstbewußter Partnerschaft mit dem Staat und anderen caritativen Einrichtungen. Diakonisches Handeln beschränkt sich nicht auf Kirchen und Christen. Die Aufgabe, bedürftigen Menschen beizustehen, ist Sache aller Bürgerinnen und Bürger. Dies verlangt die Zusammenarbeit mit dem Staat und die enge Kooperation mit den

Verbänden der freien Wohlfahrtspflege und anderen sozialen Dienstleistern.

### Wettbewerb bejahen, eigene Akzente setzen

Diakonisches Engagement ist eine christliche Antwort auf die Nöte unserer Zeit. Diakonie steht auf der Seite der Hilfsbedürftigen. In einer marktwirtschaftlich geprägten Gesellschaft wird der Mensch als stark, gesund, leistungsfähig, keiner Hilfe bedürftig dargestellt. Dieses **Menschenbild** bedarf der Ergänzung. Krankheit, Behinderung, Gefährdung und Tod sowie die Krisen mitten im Leben gehören zum christlichen Menschenbild. Mehr und mehr wird von der Diakonie erwartet, daß sie ihre Arbeit nach Gesichtspunkten des Wett-

### Ausstellung zum Jubiläum

„Die Macht der Nächstenliebe. 150 Jahre Innere Mission und Diakonie“ heißt eine Ausstellung des Historischen Museums in Berlin in Zusammenarbeit mit dem Diakonischen Werk der EKD, die vom 28. 8. bis zum 8. 12. 98 im Zeughaus Unter den Linden zu sehen ist.

bewerbs und des Marktes regelt und als „Anbieter am Sozialmarkt“ auftritt. Wettbewerb im sozialen Bereich ist möglich und kann sinnvoll sein.

Das Funktionieren der Marktwirtschaft ist stets davon abhängig, daß die Gesellschaft die Regeln des Marktes festsetzt. Das gilt für den Sozialmarkt in besonderer Weise. Schwache und Hilfsbedürftige dürfen nicht nur als „Kunden“ behandelt werden. Hilfe und Zuwendung zu Bedürftigen dürfen nicht zu bloßen „Angeboten“ umfunktioniert werden. Diakonische Arbeit bringt etwas ein,

was letztlich nicht bezahlbar ist. Deshalb darf **Wettbewerb** nicht zum alles bestimmenden Kriterium werden. Bei der Stärkung wettbewerblicher Elemente in der diakonischen Arbeit geht es um verantwortliche Haushalterschaft, um einen klügeren Einsatz der Mittel, um eine stärkere Konzentration auf die bedürftigen Menschen. Bei diesem Wettbewerb müssen die Bedürfnisse der Betroffenen und ihre Wünsche maßgeblich sein.

Es ist notwendig, weiterhin Kosten niedrig und Hilfeleistung finanziell erschwinglich zu halten. Erfahrungsgemäß kann der Wettbewerb zwischen verschiedenen Anbietern dazu eine Hilfestellung leisten. Die diakonische Arbeit der Kirche nimmt den Wettbewerb an und scheut den Vergleich mit anderen Trägern sozialer Arbeit nicht. Dem Trend zur wettbewerblichen Ordnung sozialer Dienste wird die Diakonie nicht defensiv, sondern offensiv gestaltend gegenüber treten. Die Diakonie wird sich gegen Reglementierungen und Budgetierungen wehren, die einen vernünftigen Wettbewerb gerade nicht ermöglichen, sondern mit Preisdiktaten und Bürokratisierungen die Arbeit für den Nächsten erschweren. Die Diakonie wird sich für verantwortliche Rahmenbedingungen und akzeptable Standards im Wettbewerb einsetzen.

### Diakonische Arbeit in den Gemeinden stärken

Jeder weiß es, keiner sagt es laut: Es gibt Spannungen zwischen der verfaßten Kirche und ihrer Diakonie. Und zugleich wissen wir: Diakonie ist unveräußerliches Kennzeichen der christlichen Gemeinde. Jesus hat sich mit den Leidenden identifiziert. Er hat seine Jünger beauftragt, das Evangelium durch Predigt und Heilung zu verkündigen. Die Gemeinde ist in Gottesdienst, Gebet, Feier und Dienst am Mitmenschen eine heilende Gemeinschaft.

Zu einem besseren und vertieften Miteinander gehört nicht nur ein gegenseitiges Verständnis für die Besonderheit des jeweiligen Dienstes, sondern auch die Stärkung des spezifisch kirchlichen Profils diakonischer Arbeit. Dazu gehört die stärkere partnerschaftliche Einbeziehung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Diakonie in die gemeindliche Arbeit, die Belebung der diakonischen Arbeit in

den Gemeinden, die Beteiligung der Kirche an der Finanzierung diakonischer Arbeit und die Stärkung der Kultur des Ehrenamtes in den Gemeinden.

Es geht darum, das diakonische Bewußtsein in den Gemeinden zu stärken, diakonische Arbeit nicht in die beste-



henden Werke wegzudelegieren und diakonische Aufgabenfelder im Lebensbereich der Gemeinde vermehrt zu entdecken. Die in manchen Fällen zu beobachtende Distanz von Kirchengemeinden zu den Handlungsfeldern der Diakonie kann überwunden werden, wenn die Gemeinden Formen der Wahrnehmung von Not und Initiativen zu ihrer Überwindung erkennen.

Die Kirchengemeinden können heute wichtige Beiträge zur Hilfe für Mitmenschen leisten. Dazu gehören:

- die Arbeit in gemeindlichen Einrichtungen (Kindergarten, Treffpunkte, Teestuben, Wärmestuben)
- Spendensammlungen in der Gemeinde
- Krankenbesuche
- Partnerschaften in die dritte Welt
- Betreuung von sozial Schwachen im Stadtteil durch gemeindliche Diakoniarbeitskreise oder Besuchsdienste
- Beteiligung der Gemeinden an kooperativen Initiativen, z. B. in der Obdachlosenarbeit und soziale Netzwerke gemeinsam mit der Kommune mit örtlichen Gruppen
- Begleitung von Asylsuchenden

Zur Besonderheit des diakonischen Engagements in Gemeinden und Werken gehört die **ehrenamtliche Arbeit**. Diakonie braucht beides, verlässliche Strukturen und innovative Initiativen. Seit jeher hat es Diakonie verstanden, freiwillige Arbeit zu mobilisieren und kooperativ mit ehrenamtlichen Kräften zusammenzuwirken. Die Gesellschaft wäre arm ohne diese vielen freiwilligen sozialen Dienste.

## Dank und Zuversicht

Mit großer Dankbarkeit blickt die evangelische Christenheit auf die seit den Anfängen der „Inneren Mission“ geleistete Arbeit zurück. Der Dank gilt den vielen engagierten hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Werken und Gemeinden. Vieles von dem, was in der Kirche und ihrer Diakonie ihren Anfang genommen hat, ist heute in staatliche Obhut übergegangen und zur Selbstverständlichkeit in unserem Land geworden.

Die kirchliche Diakonie ist heute eine der tragenden Säulen des sozialen Gemeinwesens und des modernen Sozialstaates. Im diakonischen Bereich sind gegenwärtig über 400.000 hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, ebenso viele sind in freiwilliger Mitarbeit in der Diakonie tätig. Die Diakonie in Gemeinden und Werken trägt zur Glaubwürdigkeit der Verkündigung des Evangeliums durch unsere Kirche bei. Auch deshalb sollen wir zuversichtlich nach vorne schauen. ■

### Anm.:

Prof. Dr.-Ing. Helmut Reihlen ist Vorsitzender des Ausschusses „Diakonie, Mission, Entwicklungshilfe“ der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland. ■

## Bücher

**Winfried Pinger: Die Neue Entwicklungspolitik. Konsequenzen für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit.** Nomos Verlag, Baden-Baden 1997, 94 S., ISBN- 3-7890-5035-0

Die deutsche Entwicklungspolitik hat sich zunächst den internationalen Entwicklungsstrategien angeschlossen und dabei schwere Fehler mitgemacht: Finanziert wurde die Errichtung von Staatssozialismus mit bekannten Begleitsymptomen wie Staats- und Vetterwirtschaft, Bevormundung der Bevölkerung und Einschränkung der Privatinitiative. Finanzhilfen wurden fast ausschließlich von Staat zu Staat und von Regierung zu Regierung gewährt und dabei Eigenanstrengungen durch Geldtransfers ersetzt. Die Selbsthilfe der Menschen wurde nicht gefördert, sondern gelähmt.

Die deutsche Entwicklungspolitik hat aus diesen Fehlern der Vergangenheit gelernt und ist dabei, die gewonnenen Erkenntnisse konsequent umzusetzen und neue Lösungsstrategien für die Zukunft zu entwickeln.

Das Buch behandelt konkret und präzise alle wesentlichen Aspekte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und macht so alle Interessierten mit den Grundprinzipien der Neuen Entwicklungspolitik vertraut.

Der Verfasser ist seit 1980 Mitglied im Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit und seit 1982 entwicklungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. ■

*Nun freut euch, lieben Christen g'mein,  
und laßt uns fröhlich springen,  
daß wir getrost und all in ein mit Lust und Liebe singen,  
was Gott an uns gewendet hat und seine süße Wundertat;  
gar teu'r hat er's erworben.*

EVANGELISCHES GESANGBUCH 341, MARTIN LUTHER

# Am 7. November wird Billy Graham 80 Jahre alt

Udo Hahn

„Ich habe ein Ziel in meinem Leben: Menschen zu einer persönlichen Beziehung zu Gott zu verhelfen. Und die Voraussetzung dafür ist, daß sie Jesus Christus kennenlernen.“ In welchem Umfang ein solches Vorhaben realistisch ist, darüber mag man unterschiedlicher Auffassung sein. Aber daß Billy Graham damit etwas Richtiges zum Ausdruck gebracht hat, sollte unstrittig sein. Doch genau hier beginnen die Auseinandersetzungen in unserem Land über den US-amerikanischen Baptistenpastor.

Sein Name polarisiert noch immer, auch wenn die Debatten – Gott sei dank – längst an Schärfe verloren haben. Und auch einige seiner Kritiker haben sich mit ihm ausgesöhnt. Zum Beispiel der frühere Hamburger Theologieprofessor Helmut Thielicke. „Wir deutschen Theologen sind wahrlich begabt mit dem Hang zur Kritik, und mir ist es leichtgefallen festzustellen, was am anderen falsch oder mangelhaft ist“, so Thielicke. „Wenn ich hier und da um ein Urteil über Ihre Predigtweise gebeten wurde (die ich natürlich von dem kenne, was darüber geschrieben worden ist), so war ich in der Tat nicht zu bescheiden gewesen, ein oder zwei mehr oder weniger tiefsinnige theologische Beobachtungen zum besten zu geben.“ Aus dem Verächter Thielicke wurde schließlich ein Bewunderer Grahams. Ihm attestierte der Theologieprofessor sogar, daß er „biblisches Brot und nicht intellektuelle Leckerbissen und raffinierte Propaganda“ verabreichen würde.

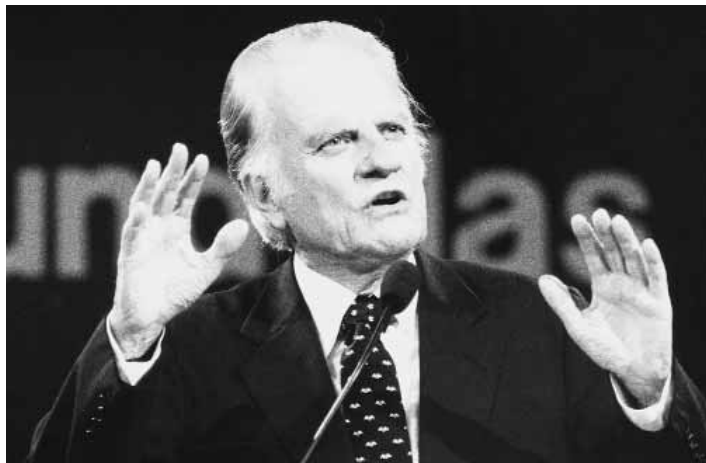
Billy Graham, der am 7. November achtzig Jahre alt wird, hat es früh verstanden, vor allem elektronische Medien zur Verkündigung des christlichen Glau-

bens einzusetzen. Statistiker behaupten, nicht einmal der telegene Papst Johannes Paul II. habe so viele Menschen weltweit auf allen Kontinenten erreicht wie Billy Graham. Einer wie er, der auch von ungezählten Prominenten, darunter von den Präsidenten der Vereinigten Staaten, als Seelsorger in Anspruch genommen wurde, ist längst selbst zur Botschaft geworden.

Entscheidend ist dann oft nicht mehr, was er sagt, sondern daß er einfach präsent ist.

## Vielfalt in Sachen Frömmigkeit

Wahrzunehmen war dies bei seinem zehnten evangelistischen Einsatz seit



Der amerikanische Evangelist Billy Graham 1993 in Deutschland  
Foto: idea-bild

1954 in Deutschland im Jahre 1993 im Rahmen von „ProChrist“. Über Satellit waren seine Predigten damals europaweit ausgestrahlt worden. Man mag im Rückblick darüber streiten, ob es gesundheitliche Gründe waren – er leidet an Parkinson –, oder ob er einfach nur nicht in Form war: gegenüber früheren Einsätzen blieb er unter geistlichen Gesichtspunkten blaß.

Man kann es aber auch ins Positive wenden. In einer Zeit, in der christlicher Glaube an Profil verliert, sorgt ein Mann

wie Billy Graham für Aufmerksamkeit, auch und gerade bei denen, die mit Glaube und Kirche nur noch wenig im Sinn haben. Seine Predigten werden nicht jeden ansprechen, denn die Frömmigkeitsprägungen bei uns sind vielfältig. Doch in einer pluralen Volkskirche, die Vielfalt zum Prinzip erklärt hat – und Vielfalt auch in Sachen Frömmigkeit nach dem neutestamentlichen Zeugnis ganz legitim ist –, sollte auch Platz für einen Billy Graham sein. Der frühere rheinische Präses Peter Beier hat im Zusammenhang von „ProChrist '93“ zu Recht darauf hingewiesen, daß es Menschen gibt, „und zwar nicht wenige“, die sich durch evangelistische Verkündigung dieser Form angesprochen fühlen. Zudem verdanke man diesen Veranstaltungen, so Beier, viele engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in der Kirche unverzichtbar seien.

Der theologische Disput über zeitgemäße Formen der Evangelisation ist damit nicht beendet, auch nicht über das Predigen, das so nicht wenigen Hörerinnen und Hörern zu kopflastig ist. Eine einfache Predigt im Sinne einer heute mehr denn je notwendigen Elementarisierung des christlichen Glaubens muß nicht simpel sein. Und an dieser Stelle wird Billy Graham von seinen Kritikern gerne unterschätzt.

Vier Ratschläge gab und gibt er stets bei seinen Evangelisationen den Besuchern mit auf den Weg: Zum Christsein gehören tägliches Gebet und regelmäßiges Lesen in der Bibel, aber auch das Gespräch über den Glauben mit

anderen Menschen sowie der Kontakt zu einer örtlichen Gemeinde, in der sich man engagieren soll: vier Hinweise, die unter Theologen welcher Richtung auch immer unumstritten sein sollten. ■

Anm.:

Udo Hahn leitet die Redaktion Christ und Welt beim Rheinischen Merkur.

(Literaturhinweis: Im Brunnen Verlag, Gießen, ist Billy Grahams Autobiographie „So wie ich bin“, 700 Seiten, 49.80 DM, erschienen.)

## EAK-Spendenaktion für Kirche in Gnevkow (Mecklenburg-Vorpommern)



### Wer:

Die Kirchengemeinde bittet um Mithilfe bei der Sanierung ihrer mittelalterlichen Kirche, die einsturzgefährdet ist.

### Was:

Die Kirche ist ein kleiner, rechteckiger Feldsteinbau aus dem frühen Mittelalter. Auf dem Kirchhof steht ein freistehender Glockenstuhl. Für das Dorf ist die Kirche das prägende Bauwerk.

### Wo:

Gnevkow hat 200 Einwohner und liegt zwischen Demmin und Altentreptow.

### Wozu:

Benötigt wird ein Raum, der für jegliche Gemeindegarbeit zur Verfügung steht (Gottesdienste, Amtshandlungen, Musik, Veranstaltungen, Unterricht, Gesprächskreise).

Um die **Dorfkirche in Gnevkow** (Pommersche Evangelische Kirche) vor dem Einsturz und der Schließung zu bewahren, hat der **Evangelische Arbeitskreis** bei der CDU-Wahlkampföffnung am 23. August in Dortmund zu einer **Spende aufgerufen**. Die Aktion wird noch bis Ende des Jahres fortgesetzt. ■

Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere Aktion unterstützen würden.

Das entsprechende Konto lautet:

Deutsche Bank  
Demmin,  
BLZ 130 70000,  
Konto: 4407086,  
Kennwort: Kirche  
Gnevkow



### Betr.: EV 6/98:

„Stark für andere – 150 Jahre Diakonie“  
von Dr. Reinhard Witschke

Es ist gewiß gut und richtig, im Zusammenhang mit dem 150-jährigen Jubiläum der Diakonie auf Johann Hinrich Wichern als den Gründer der Inneren Mission, aus der sich die organisierte Diakonie entwickelt hat, hinzuweisen und sich seines großen Engagements aus dem Glauben heraus zu erinnern.

Nur wird zumeist übersehen, daß sich Wichern mit seinem leidenschaftlichen Appell an seine Kirche gewandt hat, heute hingegen wird der Ruf fast immer nur an den Staat gerichtet, an Bund, Länder und Gemeinden. Hierüber wäre in der Tat einmal ernsthaft nachzudenken.

Auch stört mich der apodiktische Satz: „Der Generationenvertrag muß erhalten werden, der die Renten der nicht mehr arbeitenden Bevölkerung erwirtschaftet.“

Hier wird völlig ausgeblendet, daß sich durch die angestiegene und wohl noch weiter ansteigende Lebenserwartung so vieler Menschen die Grundlagen des besagten Generationenvertrages sehr stark verschoben haben.

Wer den überkommenen Generationenvertrag erhalten will, der wird ihn modifizieren müssen. Hier aber beginnen die Schwierigkeiten. Deshalb wäre es sachgerecht gewesen, wenigstens die Richtung anzudeuten, in der die Modifizierung erfolgen soll. Nur apodiktisch etwas einzufordern, ist wenig hilfreich. ■

Ludwig Scheib  
Mozartstr. 25  
67480 Edenkoben

### Foto links:

Am Stand der EAK-Bundesgeschäftsstelle konnten sich die Teilnehmer der Wahlkampföffnung über die Spendenaktion informieren.

## ■ Parteien und Kirche

**Rendsburg.** Der EAK Schleswig-Holstein diskutierte in einer öffentlichen Veranstaltung mit Religionspädagogen und dem CDU-Landesvorsitzenden **Peter Kurt Würzbach** über die Situation des Religionsunterrichts und die Religionslehrerausbildung in Schleswig-Holstein.

**Prof. Kürzdörfer** von der erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Universität Kiel berichtete über die sich ständig verschlechternde Ausbildung durch Stellen- und Personalabbau. Die wenigen Religionspädagogen, die unter diesen Umständen überhaupt noch ihre Ausbildung beendeten, fänden in Schleswig-Holstein kaum noch eine Anstellung.

Durch Abschaffung der Statistik über Unterrichtsausfälle mache die Kultusministerin einen Überblick über die Gesamtsituation unmöglich. Aus den Erfahrungen vieler Familien sei aber bekannt, daß der Religionsunterricht häufig über Jahre hinweg völlig ausfalle. **Peter Kurt Würzbach** appellierte an die nordelbische Kirche, diese brennenden Probleme auch ihrerseits öffentlich zur Diskussion zu stellen. ■

## ■ Werte fallen nicht vom Himmel

**Wermelskirchen.** „Der Vergleich der Grundsatzprogramme der politischen Parteien im Blick auf das, was sie über die Grundwerte sagen, ist dringend notwendig“. So der **Mettmanner Pfarrer Wilhelm Drühe** bei einer Veranstaltung des Evangelischen

### Der EAK-Niedersachsen lädt ein:

zur EAK-Landestagung  
Hotel Niedersächsischer Hof, Verden

### „Kirche und Gesellschaft an der Schwelle zum 21. Jahrhundert“

**Samstag, 28. 11. 1998, ab 11 Uhr**

mit: **Christian Wulff**, MdL  
Landesvorsitzender der CDU-Niedersachsen  
**Dr. Eckhart von Vietinghoff**,  
Präsident des Landeskirchenamtes, Hannover

Informationen bei Gustav Isernhagen: 05196/13 33

Arbeitskreises der CDU Rheinisch-Bergischer Kreis. Die Ausführungen zu den Grundwerten zeigten, woher die Parteien kommen und was sie politisch erreichen wollen. ■

## ■ „Wesentliche Zukunftsaufgaben nur noch global lösbar“

**Oldenburg.** Auch in einer zusammenwachsenden Welt haben Nationalstaaten noch ihr Aufgaben. Ihr „Absterben“ ist daher einstweilen nicht in Sicht.

Das betonte **Professor Dr. Gerd Langguth** von der Universität Bonn jetzt in seinem Vortrag „Die Rolle der Nationalstaaten in einer zusammenwachsenden Welt“ vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU Oldenburg unter Leitung von **Dr. Heinrich Niewerth**.

Allerdings seien die Nationalstaaten längst an die Grenzen ihrer wirtschaftlichen und politischen Effektivität gestoßen. Es gebe eine Fülle „fundamentaler Probleme“,

die Einzelstaaten nicht mehr lösen könnten, wie den Umweltschutz, die nur in Staatenverbänden zu bewältigen seien. ■

## ■ Organspende: Dem Nächsten helfen!

**Wiesbaden.** Der Arbeitskreis Kirchen unter der Leitung von **Dr. Dietrich Hiller** hatte das ethisch wie medizinisch anspruchsvolle Thema Organtransplantation für eine öffentliche Veranstaltung gewählt und als Referenten **Professor Dr. med. Hans Köhler** von der Universität des Saarlandes in Homburg/Saar gewinnen können. In einer für Laien verständlichen Sprache zog er die Zuhörer in seinen Bann.

Nach 15-jähriger, zeitweise unterbrochener Diskussion trat in Deutschland am 1. 12. 1997 das Transplantationsgesetz in Kraft. Wegen der gesundheitspolitischen Zuständigkeit der Länder war hierfür sogar eine Grundgesetzänderung notwendig. Sein Kernpunkt ist die sogenannte erweiterte Zustim-

mungslösung. Jeder kann – und sollte – zu Lebzeiten darüber entscheiden, ob nach seinem Tode eine Organspende eingeleitet werden darf. Liegt eine ablehnende Willenserklärung nicht vor, dürfen auch die nächsten Angehörigen der Entnahme von Organen zustimmen. Professor Köhler hat das Erbitten dieser Entscheidung von den Angehörigen besonders beim Tode von Kindern als äußerst schwere Aufgabe erlebt, weil sie an die Familie zu dem unglücklichsten Zeitpunkt gerichtet wird. ■

## ■ Bonn-Fahrt des EAK Ludwigsburg

**Bonn.** Vom 3.-5. Mai 1998 besuchte eine Delegation des EAK Ludwigsburg auf Einladung von Verkehrsminister **Wissmann** Bonn. Aufschlußreich und sehr wertvoll waren die Begegnungen mit Bundesinnenminister **Kanther** und Verkehrsminister **Wissmann** selbst. Ihre Berichte über die Last der Verantwortung und der Notwendigkeit unpopulärer Entscheidungen zeigten den EAK'lern, wie wichtig die Aufgabe ist, unsere Politiker mit Gebet durch die aktuellen Brennpunkte zu begleiten, ihnen den Rücken zu



Der EAK-Ludwigsburg im politischen Bonn.



**Gemeinsames EAK-Vorstandsgespräch:** Die beiden Landesvorsitzenden der Evangelischen Arbeitskreise der CDU in Baden und Württemberg, Dekan Franz Doleschal (rechts) und Uwe Wienholz (links) trafen sich mit Generalsekretär Volker Kauder (Mitte) zu einem Gespräch über eine eventuelle Fusion der beiden Verbände zu einem EAK Baden-Württemberg mit dem Status einer Sonderorganisation innerhalb der Landes-CDU.

stärken und ihnen auch Mut zu machen, ihr Vertrauen auch auf Gott zu setzen. ■

### ■ Hospizbewegung – Gründungsvorsitzender beim EAK

**Gelsenkirchen.** Der EAK-Gelsenkirchen unter Vorsitz von Gerhard Bojahr hatte Günter Volmer zum Thema „Hospizbewegung“ eingeladen. Der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete berichtete ausführlich über die Ziele und Aufgaben des seit einem Jahr bestehenden Hospizvereines St. Hildegardis e.V. Gelsenkirchen, deren Gründungsvorsitzender er ist. Der Verein bietet Sterbe- und Trauerbegleitung an, um Menschen in der letzten Phase ihres Lebens angemessene Hilfe zukommen zu lassen.

Die heutige Gesellschaft verdrängt Schmerz, Leid und Tod. Sterbende werden oft in Krankenhäuser abgeschoben,

wo sie nur noch Pflege erfahren, selten Sterbebegleitung. Hier will der Hospizverein e.V. helfend einspringen. Haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter nehmen zuerst ihre Tätigkeit im Sinne der Ökumene auf. ■

### ■ „Kirche und Christen sollten Fragen der Zukunft mitgestalten“

**Bremervörde.** Das Thema „Verantwortung der Christen für Staat und Gesellschaft“ sowie die Orientierung der Politik an christlichen Maßstäben standen im Mittelpunkt eines Gesprächskreises. Eingeladen hatte der Evangelische Arbeitskreis der CDU Rotenburg.

Als Referentin des Abends konnte **Albert Rathjen** die Ministerin für Bundesangelegenheiten in der Thüringer Staatskanzlei, **Christine Lieberknecht**, begrüßen.

Die Tatsache, daß innere Werte und christliche Orientierung heute nicht unbedingt im Vordergrund stehen, sei auch als Signal zu verstehen, führte **Dr. Martina Krogmann**, Bundestagskandidatin der CDU, in die Thematik ein. Auch Ministerin Lieberknecht wies darauf hin, daß man am Übergang in eine neue Gesellschaft stehe und die Dimension der damit verbundenen Veränderungen noch nicht abzusehen sei.

Die Informationstechnologie schreite so schnell voran, daß man kaum folgen könne, in der Gentechnik sei fast alles möglich, und der Umgang mit den Ressourcen fordere ein Umdenken, bevor die ökologische Katastrophe vor der Tür stehe, führte **Christine Lieberknecht** als einige Beispiele des Wandels auf.

In dieser Situation müsse das Band menschlicher Beziehungen neu geknüpft werden. „Die Orientierung auf

Konsum und absolute Individualität kann keine wahre Alternative sein und schafft keine innere Befreiung.“ ■

### ■ Vom Nadelöhr zum breitesten Straßentunnel der Welt

**Leonberg.** Stau auf der Autobahn – wieviel Nerven kostet das einen Autofahrer, und er erwartet von Land und Staat selbstverständlich freie Straßen und guten Verkehrsfluß. Wozu zahlt man denn Steuern?

Welche enorme Anstrengungen aber dahinter stecken, um das zu ermöglichen, konnten die Teilnehmer bei einer Führung durch den Engelbergtunnel erfahren, die durch den EAK-Vorsitzenden des Kreises Ludwigsburg, **Ulrich Hirsch**, veranlaßt wurde.

Eine Gruppe von 19 Leuten hörte beim Baubüro der ARGE Engelberg mit großem

## Die Konrad-Adenauer-Stiftung lädt ein:

„Was hat der christlich-jüdische Dialog geleistet? Eine Bilanz anläßlich des 50-jährigen Bestehens der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit“

**18.-21. Oktober 1998**

Bildungszentrum Schloß Eichholz, Wesseling  
Beginn: Sonntag: 15.45 Uhr, Ende: Mittwoch: 12.30 Uhr

mit: Botschafter Avi Primor, Landesrabbiner Dr. Henry Brandt, Pastor Friedhelm Pieper (Generalsekretär Int. Rat der Christen und Juden), Margarita Voloj Dessauer (Vors. des Jüdischen Frauenbundes in Deutschland), Prof. Dr. J. Brosseder (Uni Köln), Dr. Niels Hansen (dt. Botschafter in Israel von 1981-85) u.a.

Anmeldung und Inf. unter Tel.: 022 36/707-234

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · Herausgeber: Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · Redaktion: Birgit Heide, Katrin Peter, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 5 44-3 05/6 · Fax 5 44-5 86 · Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, **Abonnement-Preis** jährlich 20,- DM · **Konto:** EAK, Postbank Köln, (BLZ 37010050) 112100-500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 38050000) 56267 · **Druck:** Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn · **Nachdruck** – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · **Papier:** 100% chlorfrei Adreßänderungen bitte immer an die Redaktion!



# Kooperation von und

**Initiative e.V.**  
Fördergesellschaft für evangelische Verantwortung in der Wirtschaft Mittel- und Osteuropas

Bei einem Besuch des Vorsitzenden der „Initiative e.V.“, Professor **Dr. Otto Strecker**, beim Vorsitzenden des EAK-Landesverbandes NRW, **Thomas Rachel**, MdB, wurde eine Kooperation vereinbart, da sich die Ziele des Vereins mit denen des EAK in besonderer Weise ergänzen.

Die „Initiative“ geht von der Einsicht aus, daß Wirtschaft auch ein Feld christlicher Verantwortung ist. Sie will evangelische Christen in Mittel- und Osteuropa zum selbstverantwortlichen Engagement in der – vor allem mittelständischen – Wirtschaft ihres Landes ermutigen, sie durch Aus- und Fortbildung, Information und Beratung fördern, um sie zur Wahrnehmung der für das Gemeinwohl notwendigen Aufga-

ben, Erneuerung und Stabilisierung sozialer Marktwirtschaft zu befähigen. Der Verein arbeitet mit den Evangelischen Kirchen oder ihnen verbundenen Institutionen in den jeweiligen Ländern zusammen.

Zur Umsetzung dieser Ziele bietet sie in den Ländern Fortbildungsmaßnahmen für Fachkräfte des Handwerkes und der Wirtschaft durch Seminare, Vorträge, Erfahrungsaustausch auf allen Gebieten der Unternehmensführung, Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsethik. Ferner bietet sie Ausbildungsmaßnahmen für Nachwuchskräfte, Internationale Begegnungen etc. an.

Im Jahre 1998 war und ist sie in Estland, Lettland, Polen, Rumänien,

Rußland, Slowakei, Tschechien und Ungarn tätig.

Vom 6.-8. November hält sie ihre Jahrestagung in Stuttgart ab, zu der Vertreter aus den verschiedenen Ländern eingeladen werden. Teilnahme von Interessierten noch Außenstehenden wird gern gesehen.

Gesucht werden für 1999 Mitarbeiter aus berufsbildenden Schulen und Akademien, die bereit sind, ehrenamtlich ausbilderisch in den Ländern mit tätig zu werden, wobei Reisekosten erstattet werden. **Ansprechpartner des Landesverbandes NRW ist Dirk v. Hahn**, Jan-van-Werth-Str. 26, 41564 Kaarst, Tel./Fax: 021 31-51 99 80.

## Unsere Autoren:

Staatssekretär Dr. Christoph Palmer Königstr. 46 70173 Stuttgart	EZE Dr. Hartmut Bauer Mittelstr. 37 53175 Bonn	Dt. Welthungerhilfe Ingeborg Schäuble Adenauerallee 134 53113 Bonn	GTZ Dr. Bernd Eisenblätter Postfach 51 80 65726 Eschborn	Prof. Helmut Reihlen Wolffstr. 11 12165 Berlin	Rheinischer Merkur Udo Hahn Godesberger Allee 91 53175 Bonn
---	---	---	---	--	--